GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 03.2014

GRÜN REGIERT

INHALT

Grün regiert!	2
Alltag gibt's nicht	3
Drei Fragen an Winfried Hermann	4
Programmatisch denken, pragmatisch handeln	6
„Hessen brauchte neue Impulse"	8

Grün regiert!

GRÜN regiert Baden-Württemberg nun seit gut drei Jahren in einer sehr erfolgreichen Koalition mit der SPD. Viele Vorhaben aus dem ehrgeizigen Koalitionsvertrag wurden bereits umgesetzt, viele weitere Projekte wurden aufs Gleis gesetzt. Die erste GRÜN geführte Landesregierung mit Winfried Kretschmann als erstem GRÜNEM Ministerpräsidenten an der Spitze ist aber nicht der einzige Ort, an dem GRÜN regiert in Baden-Württemberg. Im oberschwäbischen Maselheim regiert mit Elmar Braun seit 1991 der erste GRÜNE Bürgermeister Deutschlands, in Stuttgart mit Fritz Kuhn der erste GRÜNE Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt, in Freiburg gelang Dieter Salomon die Wiederwahl als GRÜNER Oberbürgermeister und in Tübingen stellt sich der GRÜNE Oberbürgermeister Boris Palmer gerade mit einer beeindruckenden Bilanz zur Wiederwahl. Und auch Gäufelden, Schriesheim und Schuttertal werden von GRÜNEN Bürgermeistern geführt.

Noch sind diese Beispiele in unserem Bundesland GRÜNE Farbtupfer auf schwarzem Grund. Mit Blick auf die Erfolgsbilanzen unserer Bürgermeister, Oberbürgermeister und ganz besonders unserer Landesregierung können wir GRÜNEN aber selbstbewusst sagen: „GRÜN regiert“ ist ein Erfolgsmodell in Baden-Württemberg und für Baden-Württemberg. Und deshalb hat der Landesverband eine Veranstaltungsreihe aufgesetzt, die genau so heißt: „GRÜN regiert!“

Diese „GRÜN regiert“-Veranstaltungen bieten unseren Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zum direkten Austausch mit unseren Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten. Hier informieren unsere Regierungsmitglieder vor Ort über die aktuelle Regierungsarbeit, über Erfolge, Probleme und anstehende Herausforderungen. Uns als Landespartei liegt diese Veranstaltungsreihe besonders am Herzen. Sie ist ein wichtiger Baustein für den Dialog mit unserer Basis und mit allen Bürgerinnen und Bürgern – hier ist der Ort für Kritik, Lob und Erfahrungsaustausch.

Mit der Regierungsübernahme haben wir GRÜNEN uns nicht nur inhaltlich viel vorgenommen, der versprochene Politikwechsel hat für uns immer auch bedeutet, einen anderen Regierungsstil zu pflegen, eine andere politische Kultur und ein anderes Politikverständnis. Die Zeiten der Basta-Politik haben wir beendet und eine neue Politik des Gehörtwerdens begonnen. Das ist nicht immer einfach und manchmal mit großen Anstrengungen verbunden, die bisweilen auch scheitern können. Ein echter Politikwechsel kann aber nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen und deshalb haben wir alle eingeladen, das neue Baden-Württemberg gemeinsam mit uns zu gestalten.

Von Thekla Walker und Oliver Hildenbrand, Landesvorsitzende

Alltag? Gibt's nicht.

Silke Krebs ist Ministerin im Staatsministerium. Was macht unsere frühere Landesvorsitzende da so den ganzen Tag? Grüne Blätter-Redakteurin Sonja Rajsp hat versucht, das herauszufinden. Eines wurde schnell klar: Freie Termine vor Redaktionsschluss sind Mangelware.

Grüne Blätter: **Liebe Silke, einen Termin mit dir zu finden ist ja fast unmöglich! Du warst letzte Woche in Berlin. Was hast du da gemacht?**
Silke Krebs: Letzte Woche war Fraktionsklausur in Berlin. Zweimal im Jahr begibt sich die Fraktion auf Klausur, um intensiv über anstehende Themen und Gesetzesentwürfe zu beraten. Auch die grünen Ministerinnen und Minister sind mit dabei. Letzte Woche haben uns vor allem die Beratungen zum kommenden Haushalt und Flüchtlingsthemen beschäftigt. Gut, dass die Fraktionsklausur dieses Mal in Berlin stattgefunden hat, denn damit war ich für die intensiven Verhandlungen mit dem Bund zur Asylgesetzgebung ohnehin schon vor Ort. Die Bandbreite an Themen insgesamt, die bei so einer Klausur auf der Tagesordnung stehen, ist natürlich riesig und es ist gut, dass man sich einmal intensiv ein paar Tage lang austauschen kann. Und nebenher läuft noch das normale Geschäft weiter, das heißt: Abstimmungen mit dem Koalitionspartner zu anstehenden Kabinettsentscheidungen, Post, Vermerke, Telefonate, Treffen am Rande etc.

GB: **Wie sieht dein Arbeitstag aus? Mit wem arbeitest du am meisten zusammen?**
Silke Krebs: Das Spannende ist ja gerade, dass kein Tag wie der andere aussieht. Es gibt ein paar fixe Termine in der Woche – Rücksprachen mit dem Ministerpräsidenten, meinem SPD-Ministerkollegen, der Staatsrätin und dem Staatssekretär, Kabinetts-, Fraktions- und Plenarsitzungen und natürlich regelmäßige Treffen mit den grünen MinisterInnen und den Koalitionsspitzen. Der Rest ist immer wieder neu und immer wieder anders. Aber das ist ja auch das Tolle, wenn man sich um die politische Steuerung und das allgemeine Politikmanagement kümmert.

GB: **Politische Steuerung und Politikmanagement, was bedeutet das konkret?**
Silke Krebs: Darin sehe ich meine Hauptaufgabe. Kurz zusammengefasst, bedeutet das, dafür zu sorgen, dass die Regierung möglichst reibungslos arbeitet und vor allem gute Ergebnisse erzielt. Im Detail bedeutet das vernetzen, vermitteln, verhandeln. Ich treffe viele Menschen innerhalb und über die grüne Ebene hinweg. Diese Vernetzung hilft mir, die unterschiedlichen Interessen bei einem Thema einschätzen zu können und ein Auge darauf zu haben, wo Konflikte entstehen, um dann zu vermitteln und Lösungen vorzuschlagen. Längerfristige Themen wie die grüne Struktur- oder Steuerkommission muss ich dabei genauso im Blick behalten wie den kurzfristigen Zwist um Gesetzentwürfe. Darüber hinaus kümmere ich mich auch um meinen eigenen Geschäftsbereich, die Medienpolitik.

GB: **Was, glaubst du, sind die Unterschiede zwischen einer grünen Ministerin im Staatsministerium und deinen Vorgängern von der CDU?**
Silke Krebs: Der Unterschied besteht natürlich vor allem in den Inhalten die ich voran bringen möchte. Egal ob es dabei um die Energiewende, den Bildungsaufbruch oder eine moderne und weltoffene Gesellschaft geht. Und dann unterscheiden wir Grüne uns auch an der Regierung durch unseren Politikstil: Mehr Diskussion und mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Basta-Politik und Durchregieren von oben. Aber ich bin ja auch grün im Herzen und will auch grüne Politik im Staatsministerium leben. Deshalb haben wir beispielsweise gleich im ersten Jahr einen großen Empfang für die LSBTTIQ-Community im Staatsministerium gegeben. In meinem Arbeitsstil bin ich aber eher „traditionell" – strukturierte Abläufe sind mir sehr wichtig.

GB: **Hast du überhaupt noch Freizeit?**
Silke Krebs: Man muss sie sich aktiv nehmen, um den Kopf frei zu bekommen, also bewusst Zeitfenster freihalten, sonst klappt das nicht. Denn dann füllt das Büro den Kalender ohne Gnade. Ich gehe zweimal in der Woche ins Fitness und einmal Joggen. Außerdem koche ich leidenschaftlich, derzeit vor allem vietnamesisch, jüdisch-palästinensisch und englisch.

Drei Fragen an Winfried Hermann

Seit dem grün-roten Regierungswechsel im Jahre 2011 steht dem neu geschaffenen Ministerium für Verkehr- und Infrastruktur in Baden-Württemberg mit Winfried Hermann ein grünes Urgestein mit langjährigen Erfahrungen in Landes- und Bundespolitik vor. Seine Aufgabe ist keine Leichte: Seit 1992 kämpfte Hermann gegen Stuttgart 21; als Minister muss er nun das Ergebnis des Volksentscheids akzeptieren und das Bauprojekt begleiten. Im Interview erklärt Winfried Hermann neue Wege in der Verkehrspolitik und wie er das Autoland Baden-Württemberg zu einem Pionierland für nachhaltige Mobilität machen will.

Grüne Blätter: Was hat sich seit dem Regierungswechsel in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik in Baden-Württemberg verbessert?
Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, dass Baden-Württemberg zur Modellregion für nachhaltige Mobilität werden soll. Damit ist die Grundlage grüner Verkehrs- und Infrastrukturpolitik klar umrissen: Wir sorgen dafür, dass Menschen und Güter auch morgen schnell und sicher ans Ziel kommen – ohne dem Klima und der Umwelt zu schaden.

Dafür haben wir wichtige Weichen gestellt: Wir fördern den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr und sorgen für besseren Zugverkehr im ganzen Land. Das Auto wird weiterhin wichtig für Mobilität bleiben, wenn es mit erneuerbaren Energien betrieben wird.

Auch den Straßenverkehr haben wir nachhaltig ausgerichtet: Natur- und Umweltschutz haben einen höheren Stellenwert, Sanierung und Erhalt haben Vorrang vor Neu- und Ausbau. Neue Straßen gibt es nur, wenn damit wichtige Verkehrsachsen gestärkt oder Mensch und Umwelt durch neue Umgehungsstraßen tatsächlich entlastet werden. Die Stadt der kurzen Wege ist unser Leitbild. Das spart kostbare Flächen und sorgt dafür, dass man für Beruf, Alltag und Freizeit nicht zwingend ein Auto braucht.

GB: Beim Projekt Stuttgart 21 ist im August der Startschuss für den Aushub der Grube für den Tiefbahnhof gefallen. Die GRÜNEN konnten das Projekt nicht stoppen. Gegner skandieren „Nie wieder Grün“. Was antwortest Du den Menschen?

Wir alle haben vor der Volksabstimmung für den Stopp des Projekts gekämpft. Doch die Mehrheit im Land hat sich gegen den Ausstieg entschieden. Nicht nur als Minister, sondern auch als Demokrat akzeptiere und respektiere ich diese Entscheidung, auch wenn ich mir persönlich ein anderes Ergebnis gewünscht habe.

Mehr bürgerschaftliches Engagement und Mitbestimmungsrecht waren und sind GRÜNE Ziele. Daher habe ich Respekt vor dem Sachverstand und Engagement, mit dem viele Menschen in Stuttgart und darüber hinaus das Projekt weiterhin kritisch begleiten. Das wird sich nicht nur auf S21, sondern auch für andere Großprojekte positiv auswirken.

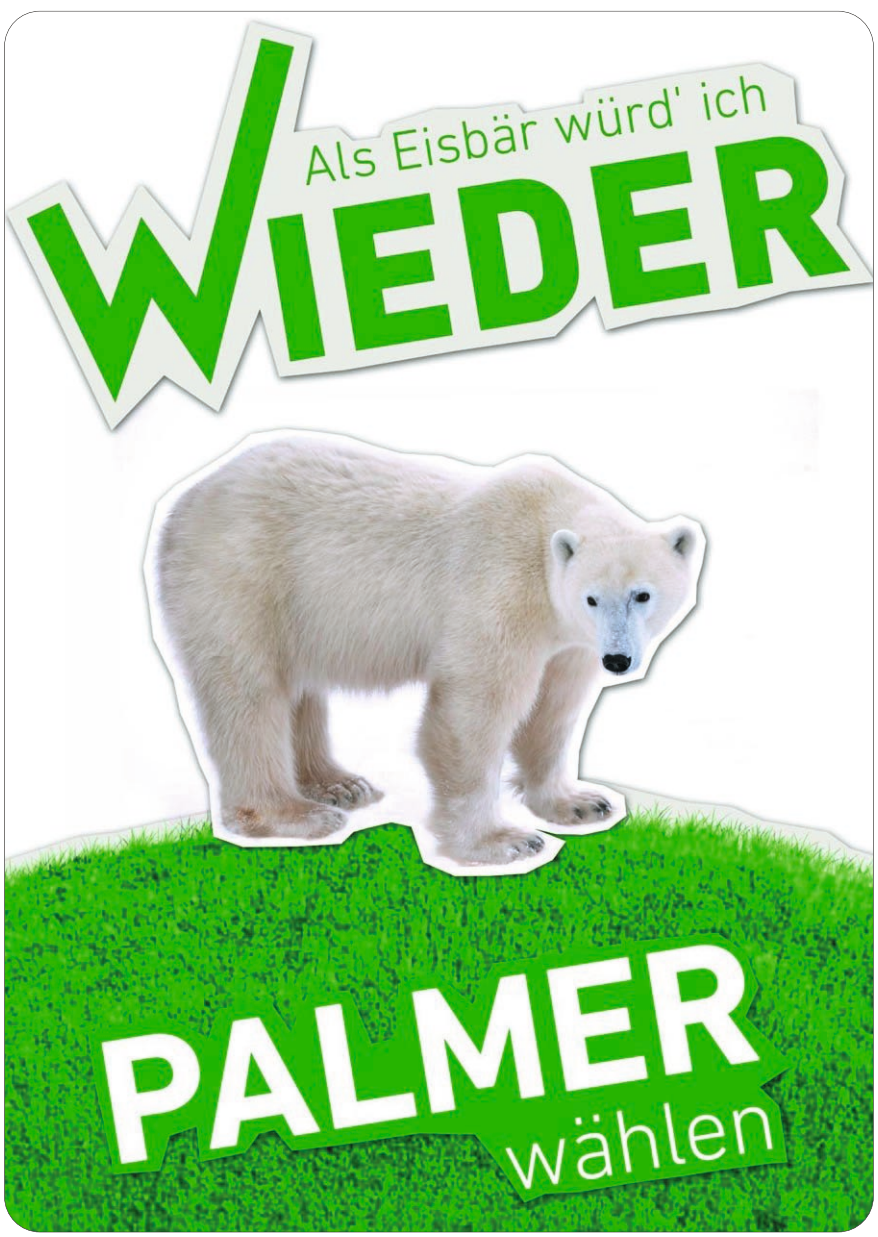
GB: 2016 ist Landtagswahl. Was kannst Du dazu beitragen, die grünen Weichenstellungen zu erhalten?
Wir tun jeden Tag etwas dafür, denn Verkehrs- und Infrastrukturpolitik wirken langfristig. Ein Beispiel sind unsere Ausschreibungen für den Nahverkehr im Land: Damit werden wir die Angebote über Jahre hinaus verbessern und einen landesweiten Standard einführen, damit mehr Menschen öfter die Bahn nutzen.

Die Zeit ist reif für eine nachhaltige Mobilitätspolitik. Die technische Entwicklung in diese Richtung geht rasant voran. Die Menschen werden zunehmend nachhaltig mobil. Der Verkehr muss einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten, damit es unserem Land auch künftig noch gut geht. Diesen Politikwechsel haben wir angestoßen. Nur starke GRÜNE können ihn wirklich umsetzen.

Arbeitsplätze ohne Perspektive *
* hat die Windenergiebranche nicht zu bieten
Wind bewegt den Arbeitsmarkt
Windenergie ist die tragende Säule der Energiewende und ein wichtiger Jobmotor. Die Branche bietet heute 138.000 Menschen einen Arbeitsplatz mit Perspektive.
Damit es täglich mehr werden: Nutzen wir das Potenzial der Energiewende.
Eine Initiative des Bundesverbandes WindEnergie e.V.
ERNEUERBARE ENERGIE WENDE JETZT!
Erfahren Sie mehr unter:
www.wind-energie.de

Programmatisch denken, pragmatisch handeln

Tübingen gilt als diskutierfreudige Stadt. Ist eine Stadtbahn Neckar-Alb für eine Milliarde Euro die richtige Lösung für Verkehrsprobleme, sind Studentenclubs in der Altstadt Bereicherung oder Lärmquelle, sollen Laubbläser erlaubt bleiben, obwohl sie auch Kleinstlebewesen wegwehen – die großen und kleinen Fragen werden mit Verve verhandelt – in Leserbriefen und inzwischen gerne auf dem Facebook-Account des Oberbürgermeisters. Der versteht sich in Sachen Debattenkultur als Vorreiter: Ausweichen gilt nicht. Schon gar nicht für einen Grünen – auf OB-Sesseln eine immer noch seltene Spezies. Bei den Bürgerinnen und Bürgern steht sie daher unter besonderer Beobachtung. Boris macht es ihnen allerdings leicht, auf allen Kanälen mitzuverfolgen, was er tut und was er sich dabei denkt.



Mit Debattierlust ins Getümmel

Einen typischen Palmer kann man auf YouTube unter dem Stichwort „Windkraft“ betrachten. Die Stadtwerke Tübingen mit Boris als Aufsichtsratschef investieren großflächig in den Aufbau der Windkraft in Baden-Württemberg – u.a. in Anlagen nahe Schorndorf. Zum Vorort-Termin „Übergabe des Gestattungsvertrages“ sind auch protestierende BürgerInnen gekommen – mit „Grün macht's tödlich“-Schildern und Flugblättern, auf denen Windräder als Irrsinn bezeichnet werden, die den Rotmilan genauso gefährden wie die Aussicht von der Terrasse des Eigenheims. Die Stimmung ist gereizt. Andere Beteiligte sehen zu, dass sie schnell weiterkommen. Boris dagegen stürzt sich mit sichtbarer Debattierlust ins Getümmel. Auch im Tumult ist sein leidenschaftliches Plädoyer für saubere Energie nicht zu überhören – das er im gleichen Atemzug herunterzoomen kann auf die konkreten Fragen zu Abstandsregelungen, Lärmemissionen und Windmessungen.

Das beschreibt treffend das Kernanliegen von Boris Arbeit als OB: „Ich möchte die grüne Programmatik in lokal erlebbare Ergebnisse umsetzen. Das heißt für mich, mehr Wohlstand und soziale Leistungen zu verbinden mit Klima- und Umweltschutz“, erklärt er. Im aktuellen Wahlkampf wirbt er damit, dass der Praxistest in Tübingen erfolgreich verläuft. Minus 18 Prozent CO_2-Ausstoß seit Amtsantritt stehen etwa auf der Habenseite, weitere Halbierungen bis 2030 auf der To-do-Liste.

„Hauptsache, sie machen mit.“

Sind die Tübinger also zu überzeugten, grün bewegten Klimaschützern geworden? Nö, sagt Boris. Müssen sie in seinen Augen auch nicht. „Ich sehe das pragmatisch. Hauptsache, sie machen mit.“

In Tübingen wissen sie dank den Bemühungen der Stadt, was ihnen z.B. eine sparsame Heizungspumpe oder eine Solaranlage auf dem Dach bringt. Die Ver-

waltung ist dabei in Vorleistung getreten: Die Stadtwerke setzen konsequent auf Ökostrom, die Wohnungsbaugesellschaft hat ihr Sanierungstempo vervierfacht. Eine Kampagne wirbt unter dem Motto „Tübingen macht blau“ für Effizienzoptimierung in Betrieben, Förderprogramme zur Altbausanierung genauso wie für Carsharing und Fahrradflohmärkte.

Ein Ökosozialer Aufschwung

Das Geld dafür hat die Stadt bereits in Zeiten in die Hand genommen, als im Zuge der Finanzkrise die meisten Kommunen auf die Sparbremse drückten. Auch Tübingen drosselte seine Ausgaben, erhöhte aber auch die Einnahmen via Grund- und Gewerbesteuer – um in die Bereiche investieren zu können, die Betriebe halten und weitere anlocken. Schulen wurden saniert, stellten sich zum Teil als Gemeinschaftsschulen neu auf und das Angebot zur Kinderbetreuung ist massiv ausgeweitet worden. Familie und Beruf sind in der Stadt heute deutlich leichter unter einen Hut zu bringen – auch abseits klassischer Familienstrukturen: Der Aufschwung, den Tübingen erlebt, ist ökosozial. Kaum ausgesprochen, erdet der Pragmatiker Boris auch dieses große Wort sofort wieder. „Es ist in Tübingen einfach vernünftig, in diesen Bereich zu investieren. An unserer Universität studieren zu 60 Prozent Frauen. Wer diese jungen Akademikerinnen halten will, muss ihnen gute Perspektiven auch jenseits der Karriereplanung bieten.“ Weil sie in Tübingen stark sind, diese „weichen“ Standortfaktoren, haben sich in den vergangenen Jahren weitere Unternehmen angesiedelt, Arbeitsplätze geschaffen und zu einem starken Zuzug in die Stadt beigetragen. Ein Trend, der das schöne ökosoziale Konstrukt gleich wieder ins Wanken zu bringen droht. Denn wo sollen diese Menschen wohnen und arbeiten, wenn nicht auf vorher unbebauten Flächen? Doch auch das grüne Kernthema „Kampf dem Flächenfraß“ geht Boris pragmatisch an – mit den Mitteln des Planungsrechts. Bebauungspläne wurden so geändert, dass zunächst ungenutzte Flächen in der Stadt erschlossen wurden. Der Wachstumsdruck in Tübingen richtete sich nach innen. Auch hier ziehen die Menschen mit – das ist die Hauptsache. Die Zahl der Baugenehmigungen steigt auch ohne neue Baugebiete auf der grünen Wiese. Durch ein Baugruppenmodell können BürgerInnen ihre Projekte zudem um bis zu 20 Prozent günstiger realisieren als mit privaten Bauträgern.

Grüner Pragmatismus

Nichtsdestotrotz stoßen grüne Veränderungen nicht nur auf Gegenliebe. Gerade im Verkehrsbereich prallen auch in Tübingen die unterschiedlichen Denkweisen ungebremst aufeinander. Boris ist daher eine umfassende Bürgerbeteiligung wichtig.

„Weil unsere Erfahrungen zeigen, dass diejenigen, die an einer Sachdiskussion interessiert sind, mit ihren Ideen meistens für eine bessere Planung sorgen“, erklärt er. Manchmal bedeutet das für ihn, sich von eigenen Zielen vorerst verabschieden zu müssen (wie zum Beispiel einem neuen Konzertsaal). Projekte sind für ihn eben kein Wert an sich, „sie müssen letzten Endes zur Stadtgesellschaft passen.“ Solange die sich in der Hauptsache von grünen Ideen überzeugen lässt, kann es ja so weitergehen – ganz pragmatisch.

Steffen Becker ist Online-Redakteur der Landtagsfraktion und extrem neidisch auf Boris’ Facebook-Reichweite.

„Hessen brauchte neue Impulse“

Tarek Al-Wazir ist seit 2014 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung in der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen. Im Interview spricht Tarek über die Erfolge aber auch die Tücken, die eine Schwarz-Grüne Koalition mit sich bringt.

Grüne Blätter: Lieber Tarek, seit acht Monaten regiert ihr nun mit der CDU in Hessen. Was ist deine persönliche Bilanz von Schwarz-Grün nach dieser Zeit?

Tarek Al-Wazir: Es kann sich wirklich sehen lassen, was wir in diesen acht Monaten erreicht haben. Wir haben das Land in dieser kurzen Zeit schon sichtbar grüner und gerechter gemacht. In der Energiepolitik sind wir gerade dabei, endlich auch in Hessen den Ausbau der Erneuerbaren mit Schwung voranzutreiben. Wir haben uns hier beispielsweise auf das ehrgeizige Ziel verpflichtet, bis zum Jahr 2019 den Anteil der Erneuerbaren auf 25 Prozent zu verdoppeln. Wir haben in der Verkehrspolitik die jahrzehntelange einseitige Fixierung auf den Individualverkehr und Straßenbau beendet und bringen jetzt endlich auch wichtige Schieneninfrastrukturprojekte voran. Aber auch in der Umwelt- und Integrationspolitik haben wir richtig was erreicht, von der Förderung des Ökolandbaus über den Bannwaldschutz bis hin zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle. Gerade bei Grünen Kernthemen sehen wir jetzt schon erste Erfolge. Aber klar ist auch: Wir haben noch eine Menge zu tun.

GB: Wie geht ihr damit um, wenn Koalitionspartner unterschiedlicher Meinung sind?

Tarek Al-Wazir: Gerade in der Verkehrs- und Energiepolitik waren in Hessen nach fast 15 Jahren Schwarz-Gelb dringend neue Impulse nötig. Das war ja auch der Grund, warum ich schon vor der Wahl gesagt habe, dass ich das Wirtschafts-, Energie und Verkehrsministerium anstrebe. Auch in der Frage des Lärmschutzes rund um den Frankfurter Flughafen war klar, dass wir hier den Anliegen der lärmbelasteten Menschen einen größeren Stellenwert einräumen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Und gerade in diesen Punkten haben wir ja auch richtig was rausverhandelt und im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das waren für uns zentrale Bedingungen für einen Regierungseintritt. Und wenn es jetzt mal Meinungsverschiedenheiten mit der CDU gibt, dann sprechen wir hinter verschlossenen Türen darüber. Da fallen auch mal klare und weniger diplomatische Worte. Das Wichtige aber ist: Wenn wir uns dann auf einen Kompromiss geeinigt haben, halten sich beide Seiten daran.

GB: Ist Schwarz-Grün eine echte Alternative oder nur ein Experiment auf Zeit?

Tarek Al-Wazir: Es ist zunächst mal ein Bündnis auf Zeit und zwar ein Bündnis hier in Hessen. Natürlich stehen wir unter verschärfter Beobachtung. Und ich kann mir grob vorstellen, was vor der nächsten Bundestagswahl hier in Hessen los sein wird, wenn die halbe Republik fragt: Wäre das auch ein Modell für den Bund? Um es klar zu sagen: Es geht hier nicht um einen Probelauf für den Bund, sondern darum, möglichst viel Grüne Politik in Hessen umzusetzen. Und genau das ist ja auch der Punkt: Wir Grüne sollten uns nicht darüber definieren, mit wem wir am liebsten koalieren möchten. Sondern wir sollten uns über unsere eigenen Ziele im Klaren sein und dann – wenn es das Wahlergebnis zulässt – schauen, mit wem wir am meisten davon umsetzen können. Wenn wir in der Sache Erfolg haben, wird das natürlich über Hessen hinaus wahrgenommen werden, keine Frage.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion:
Barbara Alexander, Kathleen Bärs, Florian Krebs, Lea Krug, Carola Oßmer, Carsten Preiss, Sonja Rajsp, Heike Wagner, Michael Wustmann

Bildnachweis:
Seite 1: © istock / nicota
Seite 3: © ZWE / Dichiser
Seite 4: © MVI
Seite 7: © Tübingen
Seite 18: © HMWEVL

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Druck:
auf Umweltpapier bei Dierichs Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel
(Auflage 9.000 Exemplare)